

RAINER RILLING

»American Empire« als Wille und Vorstellung. Die neue große Strategie der Regierung Bush

*America has no empire to extend
or utopia to establish*
G. W. Bush, 2002

*We don't seek empires,
we're not imperialistic. We never have been*
D. Rumsfeld, 28.4.2003

*Ich bitte Sie, die Vereinigten Staaten
sind doch kein Imperium*
J. Fischer, 2003

What is needed, is a new kind of imperialism
R. Cooper, Berater von Tony Blair, 2002

Eine neue Grand Strategy einer Weltordnungspolitik entsteht. Ihr Gedanke ist: Sicherung des globalisierten Kapitalismus durch ein American Empire. Es geht um uneinholbare militärische Überlegenheit, die Durchsetzung von Präventivkriegen und um eine Neubegründung der globalen Souveränität der USA.

*Aktualisierte und vollständig neu bearbeitete
Fassung, Mai 2003*

Die neue Teilung der Welt

Der Terroranschlag vom 11. September 2001 auf das World Trade Center wurde zum »transformativen Moment« (Jessica T. Mathews), der die Konzeptions- und Politikbildung in der politischen Klasse der USA neu fokussierte und beschleunigte – schließlich sah sie sich erstmals unmittelbar physisch bedroht. Einen ersten Abschluss dieses Prozesses bildete die am 17. September 2002 veröffentlichte »National Security Strategy of the United States of America« (NSS). Der im Stil eines politischen Manifests gehaltene Text fixierte das machtpolitische Selbstverständnis und die

daraus folgende Konzeption einer Weltordnungspolitik der gegenwärtigen amerikanischen Regierung, mit deren Erprobung dann im Projekt des neuen Irak-Krieges begonnen wurde. Der »transformative moment« verwandelte sich in einen »imperial moment«.

Nach dem von George W. Bush gezeichneten Geleitwort der NSS hat der lange Kampf des letzten Jahrhunderts zwischen Freiheit und Totalitarismus mit einem »entscheidenden Sieg für die Kräfte der Freiheit« geendet. Übrig geblieben sind »ein einziges haltbares Modell für nationalen Erfolg: Freiheit, Demokratie und freies Unternehmertum« und eine eindeutige Rolle der USA in dieser Modellwelt: »Heute erfreuen sich die USA einer Position unvergleichlicher militärischer Macht und großen ökonomischen und politischen Einflusses.«¹ Diese Einschätzung einer qualitativ neuen Disparität der Macht findet sich außerhalb der USA – bereits Anfang 1999 sprach der damalige französische Außenminister Hubert Védrine von der »Hypermacht« USA² – und natürlich vor allem in den USA selbst. Für den liberalen Historiker Paul Kennedy, Autor von *The Rise and Fall of the Great Powers* »hat (Nichts) jemals existiert wie diese Disparität der Macht; nichts«³ und James Kurth resümierte Anfang 2003 in der einflussreichen neokonservativen Zeitschrift *The National Interest*: »Das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ist wie die erste Dekade des 20. Jahrhunderts die Zeit des Empires. Vor hundert Jahren gab es freilich viele Empires. (...) Heute gibt es nur ein Empire – das globale Empire der Vereinigten Staaten«⁴. Tony Judt beschrieb diese Disparität der Macht in der *New York Review of*

1 The National Security Strategy of the United States of America, Washington 2002 (NSS), Vorwort George W. Bush, S. 1.

2 Zit. nach G. John Ikenberry, Getting Hegemony Right, in: *The National Interest*, Nr. 63 (2001)

3 *Financial Times* v. 1. 2. 2002.

4 James Kurth, Migration and the Dynamics of Empire, in: *The National Interest*, Nr. 71 (2003)

Books als eine neue globale Ungleichheit: »Unsere Welt ist in vielfacher Weise geteilt: Zwischen arm und reich, Nord und Süd, westlich / nichtwestlich. Aber mehr und mehr ist die Spaltung, die zählt jene, welche Amerika von allem anderen trennt.«⁵ Und für manche befindet sich gar Europa plötzlich in einer anderen Situation: »Willkommen beim Rest der Welt«.⁶

Um diese Position des Abstandes zu allen anderen Mächten der Erde zu sichern, ist nach 1989 eine neue große global ansetzende Doktrin entwickelt worden, die unter der zweiten Regierung Bush im innenpolitischen Windschatten des »Kampfes gegen den Terror« schrittweise hörbar wurde und sich dann in der Sicherheitsdirektive vom 17. 9. 2002 niederschlug. Die dafür verantwortliche Sicherheitsberaterin C. Rice verglich im April 2002 diese Entwicklung mit der Entstehung der Strategie der Eindämmung der Sowjetunion in der Phase nach dem zweiten Weltkrieg.

Die Akteure

Unmittelbar getragen wurde dieser Prozess der Strategiebildung von einer Gruppe neokonservativer Intellektueller aus Think-Tanks und strategischen Planungseinrichtungen sowie Militärpolitikern, die sich in den frühen 70ern in der Kritik der Entspannungspolitik bildete, in den 80er Jahren unter Reagan ihren Aufstieg begann, in der ersten Regierung Bush eine Minderheitsposition in der Militärexekutive erlangte und schließlich im Bündnis mit der im Süden der USA stark verankerten christlichen Rechten, den radikalen Marktideologen und der klassischen, eher sozialkonservativen republikanischen Mainstream-Rechten (»mitfühlender Konservatismus«) in der zweiten Bush-Regierung und dann in der republikanischen Partei eine hegemoniale Mehrheitsposition erreichte. Im Laufe des Jahres 2002 bestimmte sie den außenpolitischen Diskurs der USA. Sie skizzierte die militärpolitischen Kernelemente der neuen großen Strategie, band sie in eine optimistische Sicht auf den Stand der US-Ökonomie ein und etablierte sich 2002 als Avantgarde der neuen parteiübergreifenden Kriegspartei. In kurzer Zeit versammelte sie fast vollständig die außenpolitische Elite der USA und – in einer politischen Allianz ohnegleichen – die parlamentarische Opposition hinter ihr Projekt, *das zwischen hegemonialer und imperialer Dominanz der USA oszilliert*. Für viele war dies ein direktes Anknüpfen an die Reagan-Zeit. William Kristol, einer der einflussreichsten Akteure im neokonservativen Feld, resümierte Anfang 2003 diese dramatische Veränderung mit den

5 Tony Judt: Review Its Own Worst Enemy, in: *The New York Review of Books* v. 15.8.2002.

6 Walden Bello: Unraveling of the Atlantic Alliance? In: *TNI Focus on Trade* No. 81, September 2002

Worten: »Die Mitglieder des außenpolitischen Teams des Präsidenten sind alle Reaganiten geworden«⁷. Diese Gruppe unterschätzte allerdings die Dynamik der außerparlamentarischen Opposition gegen den Irakkrieg und die Gefahr der Dissidenz im Militärapparat. Auch gelang es ihr nicht, die Mehrheit der Bevölkerung anderer Staaten hinter das Projekt eines American Empire zu bringen – mit der Ausnahme Israels stellte sich die Mehrheit der Bevölkerung sogar jener Staaten, die zur »Koalition der Willigen« gehörten, gegen den Krieg der USA. Innenpolitisch ging mit dieser Verschiebung einher eine deutliche Machtverlagerung von der Legislative zur Exekutive und der Umbau eines aktivistischen »Big Government« im Zeichen der »inneren Sicherheit« (»homeland security«), wie es sie seit fast einem halben Jahrhundert nicht mehr gegeben hatte.

Die Rhetorik, Konzeption und Strategie dieser Gruppe sind radikal. Ihr Ziel ist ein Ausbruch aus dem bisherigen, jahrzehntealten strategisch-politischen Konsens der herrschenden US-Eliten. Ihre Dynamik zieht sie aus der zielgerichteten Kriegsmobilisierung – »We are in a world war, we are in World War Four« (so der ehemalige CIA-Direktor James Woolsey am 24.7.2002). Ihr taktisches Versprechen war: die neuen technisch revolutionären Kriege, welche die USA führen würden, seien Spaziergänge. Ihr dynamischer politischer Kern ist ein Bündnis aus reaganitisch geprägten Militärs und nationalistischen Neokonservativen. Viele von ihnen haben Beziehungen zur Rüstungs- und Erdölindustrie.⁸ Innerhalb der Bush-Regierung bildet dieses *Mikronetzwerk der Macht* Cluster um den Vizepräsidenten, im Pentagon, dem Nationalen Sicherheitsrat sowie dem Außen- und Justizministerium. Zu dieser Allianz gehören

- Paul Wolfowitz als intellektueller Vorspieler, einst von 1989 bis 1993 Under Secretary of Defense for Policy des späteren Vizepräsidenten Dick Cheney, seit März 2001 Deputy Secretary of Defense bei Verteidigungsminister Donald Rumsfeld;

- Dick Cheney, Vizepräsident, der seine Karriere unter Rumsfeld zu Nixons Zeiten begann und aus der Kultur der »corporate Washington-insider class« (J. M. Marshall) kommt. Seine Frau Lynne Cheney hatte bis 2001 eine Spitzenposition beim riesigen US-Rüstungskonzern Lockheed Martin inne; sie ist auch im neokonservativen Think Tank *American Enterprise Institute* [AEI] positioniert;

- Richard Perle, der unter Reagan von 1981 bis 1987 im Pentagon als Assistant secretary of defense for interna-

7 *The Weekly Standard* vom 10.2.2003.

8 S. William Hartung, Michelle Ciarroca: The Military-Industrial-Think Tank Complex, in: *Multinational Monitor* 1-2/2003 sowie zum Gesamtfeld die Website »Neue Weltordnung« von H. J. Krysmanski [<http://www.uni-muenster.de/PeaCon/global-texte/globalws0203.htm>]

tional Security Policy tätig war, bis März 2003 dem hochrangigen Pentagon-Beratungsgremium Defense Policy Board vorstand und dann zurücktreten musste;

- William Kristol, Sohn des einflussreichen neokonservativen Theoretikers Irving Kristol⁹, einst Stabschef von Reagans Vizepräsident Dan Quayle, regelmäßiger Kommentator auf ABC News ›*This Week*‹ und Herausgeber des von Rupert Murdoch verlegten neokonservativen Frontblatts »*The Weekly Standard*« (Auflage ca. 60 000);
- Donald Rumsfeld, 21. und 13. Verteidigungsminister der USA, zuvor Stabschef im Weißen Haus und Botschafter der USA bei der NATO. Rumsfeld bildet mit Perle, Wolfowitz, Cheney und Kristol den Kern dieser reaganitisch-neokonservativen Allianz;
- I. Lewis Libby, der in der ersten Bush-Regierung unter Cheney Deputy Undersecretary of Defense for Policy war und in der zweiten Bush-Regierung die zentrale Position eines Chief of Staff des Vizepräsidenten Cheney erlangte;
- Zalmay Khalilzad, der unter Reagan und George Bush bzw. dessen Verteidigungsminister Cheney eng mit Paul Wolfowitz zusammenarbeitete und in der zweiten Bush-Administration dann Beauftragter für Afghanistan und später dann Irak wurde;
- John R. Bolton, vormals Vizepräsident des AEI und im Beirat des Jewish Institute of National Security Affairs, als Under-Secretary for Arms Control and International Security im Außenministerium;
- Elliott Abrams, vormals Reagan's Assistant Secretary of State for Human Rights und dann Assistant Secretary for Inter-American Affairs – damals tief verwickelt in die Iran-Contra-Affaire – als Senior Director for Near East and North African Affairs im National Security Council;
- Douglas Feith als Under Secretary of Defense for Policy, langjähriger Mitarbeiter von Richard Perle;
- Stephen J. Hadley (Deputy National Security Advisor im Weißen Haus), arbeitete als Assistant Secretary of Defense für Wolfowitz, als dieser im Pentagon unter Dick Cheney tätig war. Er gehört dem Defense Policy Board an;
- Eliot Cohen, der in der ersten Bush-Regierung im Planungsstab des Pentagon war und dann Mitglied in Rumsfeld's Defense Policy Board unter Perle wurde);
- Eric Edelman, der Sicherheitsberater Dick Cheneys;
- Dov Zakheim, der wichtigste »Haushälter« (Under Secretary for Comptroller) des Pentagon;
- Peter Rodman, Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs, der sich seine ersten Sporen als Special Assistant Henry Kissingers verdiente

9 Irving Kristol ist Verleger und Mitherausgeber von »*The National Interest*«, der zentralen neokonservativen wissenschaftlich-außenpolitischen Zeitschrift.

und dann unter Reagan bzw. der ersten Bush-Regierung mehrere Positionen im Außenministerium und dem National Security Council innehatte;

- William J. Schneider, Vorsitzender des Defense Science Board des Pentagon, der unter Reagan Under Secretary of State for Security Assistance, Science and Technology war;
- Stephen Cambone, der in der ersten Bush-Regierung für die strategische Verteidigungspolitik zuständig war und in der zweiten Regierung Bush dann das Office of Program, Analysis and Evaluation des Pentagon leitete;
- Thomas Donnelly, (*Project for the New American Century* [PNAC]), mittlerweile Angestellter bei Lockheed Martin;
- Robert B. Zoellick, der in der ersten Bush-Regierung im Außenministerium tätig war, ist im Bush-Kabinett für Handelsfragen zuständig;
- Bruce Jackson vom Rüstungskonzern Lockheed Martin, der am Entwurf des proamerikanischen Schreibens der Staaten des »Neuen Europa« mitgewirkt haben soll und eine Schlüsselrolle beim Aufbau der Machtpositionen der USA in Osteuropa spielt;
- Robert Kagan, der in Brüssel für den Think Tank *Carnegie Endowment* arbeitet, u.a. Redenschreiber für George Shultz war und als einer der einflussreichsten Promotoren der Konzeption vom »American Empire« gilt.¹⁰

In zahlreichen publizistischen, politischen und organisatorischen Zusammenhängen ist dieses Netzwerk präsent, oft mit anderen wie dem Bruder des Präsidenten Jeb Bush, William J. Bennett, Francis Fukuyama, Fred C. Ikle, Donald Kagan, Norman Podhoretz, Stephen P. Rosen, Samuel P. Huntington, Richard Armitage Richard V. Allen, Gary Bauer, Midge Decter, Jeane Kirkpatrick, Charles Krauthammer etc.

Dieses Mikro-Netzwerk der Macht hat vieles gemeinsam: die politische Karriere, Generationszugehörigkeit, vor allem aber die ideologische Orientierung, politische Schlüsselprojekte, Reichtum und ähnliche oder gar dieselben institutionellen Vernetzungen. Bevor sie sich in den Institutionen und im Machtfeld der Bush-Administration positionieren konnte, kooperierte diese Gruppe in knapp einem Dutzend Think-Tanks, die in den 90er Jahren intensiv an strategischen Konzepten arbeiteten und häufig von denselben Stiftungen finanziert wurden. Dazu gehören *Hoover*, *Heritage*, *Hudson Institute*, das 1997 im »reaganitischen Geist« gebildete *Project for the New American Century* (PNAC), das *American Enterprise Institute* – in dessen Gebäude das PNAC resi-

10 S. Robert Kagan: *Power and Weakness*, in: *Policy Review* 113 (2002), erweitert als: *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*, Berlin 2003. Erwähnenswert, dass Kagans Frau Victoria Nuland Sicherheitsberaterin Dick Cheney's ist.

diert –, das 1988 gegründete *Center for Security Policy* (CSP) und sein Beirat NSAC, die sich in den 90er Jahren zu einem zentralen Sammelbecken reaganitischer Politiker und Ideologen entwickelten und zusammen mit dem AEI Dutzende Schlüsselfiguren der Bush-Administration stellten, das *Committee for the Liberation of Iraq* (CLI), das *Center for Strategic and International Studies* (CSIS), *Jewish Institute for Security Affairs*, *Empower America*, *National Institute for Public Policy* oder das *Manhattan Institute for Policy Research*). Eine wichtige Rolle spielten weiter einige neokonservative Hochschuleinrichtungen (*Paul Nitze School of Advanced International Studies* [SAIS] und das *John M. Olin Center for Strategic Studies*).

Charakteristisch für das gesamte Netzwerk ist seine starke Präsenz in einigen nationalen Medien wie dem *Wall Street Journal*, den *Fox News*, der *Washington Times* und der *New York Post* sowie Zeitschriften wie *Public Interest*, *National Review*, *National Interest*, *The New Republic*, *Insight*, *Frontpage*, *First Things* und dem *Commentary Magazine*. Eine Schlüsselrolle spielt dabei Rupert Murdoch's *News Corp.*, zu der das *Fox News Network*, die *New York Post* und der *Weekly Standard* gehören: »Viele Leute bei Fox News haben Bush's Politik unterstützt. Sie haben es verdient, dass man sie und auch Murdoch selbst ein bisschen erwähnt.«¹¹ Die Finanzierung des Netzwerks und seiner Einrichtungen erfolgt insbesondere durch Stiftungen, die zum Teil bereits in der Reagan-Ära, vor allem aber dann in den 90er Jahren eine gezielt politisch äußerst rechts ausgerichtete Förderungspolitik betrieb. Dazu gehören in erster Linie die mächtigsten rechtsstehenden US-Stiftungen *Lynde & Harry Bradley Foundation*, die *John M. Olin Stiftung*, die Stiftungen der *Koch-Familie*, aber auch die *Scaife-Stiftungen*, die *Castle Rock Stiftung* und die *Smith Richardson Stiftung*, aber auch einzelne Finanziere wie Bruce Kovner, Vorsitzender der *Caxton Corp.*, Roger Hertog von der *Alliance Capital Management* oder Conrad Black, Vorsitzender der *Hollinger International Inc.*, zu deren Vorstand auch Richard Perle gehört. Die finanzielle Macht dieser Stiftungen ist beträchtlich: Richard Mellon Scaife gehörte in den 90ern zu den 50 reichsten Privatpersonen der USA, die Koch-Industries sind das zweitgrößte private Unternehmen der USA.¹² »It's a small world« sagte William Kristol bei seiner Charakterisierung dieser Welt des Neokonservatismus.¹³

11 William Kristol, der es wissen muss, zit. nach Joe Hagan: President Bush's Neoconservatives Were Spawned Right here in N.Y.C., New Home of the Right-Wing Gloat, in: *New York Observer* v. 28.4.2003

12 Siehe www.mediatransparency.org und Bruce Murphey: Neoconservative clout seen in U.S. Iraq policy, in: *Milwaukee Journal Sentinel* v. 6.4.2003

13 Zit. nach Hagan, President Bush's Neoconservatives.

Die Strategie und ihre Hauptelemente

Die Entwicklung der Einschätzungen und Ziele

Im letzten halben Jahrhundert verfolgten die USA das doppelte Ziel, »die Welt für den Kapitalismus sicher zu machen« und »das Primat Amerikas innerhalb des Weltkapitalismus zu sichern.«¹⁴ Die Sicherung der Welt bedeutete grundsätzliche Frontstellung gegen nichtkapitalistische Bewegungen und Gesellschaftsordnungen, die Sicherung des amerikanischen Primats hieß vor allem, in einem »langen Krieg« (Philip Bobbitt) von 1917 bis 1989 konkurrierende Hegemonen im eurasischen Herzland einzusiegeln und zu zerschlagen. In der Konfrontation mit der Sowjetunion fielen in ungeheurer Schärfe beide Zielsetzungen der Sicherung des Kapitalismus und der amerikanischen Hegemonie zusammen. Als »liberaler Hegemon« operierten die USA durch ein Set multilateraler Institutionen, das insbesondere seine militärische Dominanz vermittelte, legitimierte und zugleich verhüllte. Hinzu kam ein zweites Set von »westlich-amerikanischen« Werten mit universellem Geltungsanspruch. Nach 1989 nahm zwar die militärische, technologische und ökonomische Macht der USA zu, doch was schon anfangs der 90er Jahre in einer Debatte der Zeitschrift *International Security* oder in den *Foreign Affairs* als der »unipolar moment« nach dem Zusammenbruch der UdSSR bezeichnet wurde¹⁵, änderte nichts daran, dass zunächst die Einschätzung einer historischen und realpolitischen Begrenzung der neuen konkurrenzlosen Vorherrschaft der USA noch dominierte, weshalb in der Regierungszeit Clintons die strategischen Optionen des »liberalen Multilateralismus« (Ikenberry), der *soft power* und der begrenzten Nutzung militärischer Gewaltmittel im wesentlichen beibehalten wurden.¹⁶ Die zentrale und vorrangige Aufgabe war die Initiierung, Unterstützung und Kontrolle der kapitalistischen Transformation der staatssozialistischen Staaten und die langsame Ausfüllung des entstandenen Machtvakuum. Der Fokus lag daher auf der Ökonomie.

Doch lange vor *Nineeleven* existierte eine konkurrierende Option, die immer einflussreicher wurde. Dafür steht etwa der im Jahr 2000 publizierte Report »Rebuilding America's Defense« des neokonservativen »Pro-

14 Perry Anderson: Force and Consent, in: *New Left Review* 17 Sept/Oct 2002 S. 5ff.

15 Christopher Layne, The Unipolar Illusion: Why New Great Powers Will Rise, in: *International Security* 4/1993, S. 5-51; Charles Krauthammer: The Unipolar Moment, in: *Foreign Affairs* Nr. 70 (1990-91); Michael Mastanduno: Preserving the Unipolar Moment, in: *International Security* 4/1997.

16 S. Jan Lodel, The Price of Dominance, New York: Council of Foreign Relations Press, 2001; G. John Ikenberry (Hg.), *America Unrivaled: The Future of the Balance of Power*, Ithaca 2002; Joseph S. Nye, Jr., *The Paradox of American Power: Why the world's only superpower can't go it alone*, New York 2002.

ject for the New American Century«.¹⁷ Er gibt eine Beschreibung der neuen globalen Konstellation, die nach dem September 2001 zur hegemonialen Interpretationsfolie wurde: »Während des Jahrzehnts nach dem Kalten Krieg hat sich fast alles geändert. Die Welt des Kalten Krieges war eine bipolare Welt; die Welt des 21sten Jahrhunderts ist – zumindest im Moment – entschieden unipolar, mit Amerika als der Welt »einzigsten Supermacht«. Einst war Amerikas strategisches Ziel die Eindämmung der Sowjetunion; heute ist die Aufgabe, eine internationale Sicherheitsumgebung zu sichern, die amerikanischen Interessen und Idealen dienlich ist. Die Aufgabe des Militärs im Kalten Krieg war es, den sowjetischen Expansionismus abzuschrecken. Heute ist seine Aufgabe, die »Zonen des demokratischen Friedens« auszudehnen; die Entstehung einer konkurrierenden Großmacht zu verhindern; Schlüsselregionen in Europa, Ostasien und im Mittleren Osten zu verteidigen und die amerikanische Vorherrschaft in den kommenden technologiebedingten Veränderungen des Krieges zu sichern. Zwischen 1945 und 1990 bereiteten sich die US-Streitkräfte auf einen einzigen globalen Krieg vor, der auf vielen Schauplätzen geführt werden könnte; im neuen Jahrhundert wird es um eine ganze Reihe von Kriegsschauplätzen auf der ganzen Welt gehen, gegen verschiedene und besondere Feinde, die verschiedene und besondere Ziele verfolgen. Während des Kalten Krieges lag der Hauptort der Rivalität der Supermächte in Europa... das neue strategische, besorgniserregende Zentrum scheint nun nach Ostasien zu wandern.«¹⁸

Diese Sicht auf ein »unipolares 21. Jahrhundert« fasste der »Report« handlich in einer Tabelle zusammen:

Die Attentate vom 11. September 2001 änderten somit zwar nichts an den zwei grundsätzlichen Zielsetzungen (»Sicherung des Globalkapitalismus im Tausch gegen amerikanische Hegemonie«), aber es setzten sich Handlungsoptionen durch, die *geänderte Aufgabenstellungen* reflektierten:

- Wo es keine konkurrierende Hegemonen mehr gibt, geht es darum, durch Intervention bereits ihre mögliche *Entstehung* zu verhindern. Es geht nicht mehr nur um »Abschreckung« eines Konkurrenten, Gegners oder Feindes, sondern darum, bereits im Ansatz die Entstehung einer Situation der Konkurrenz selbst zu verhindern.
- In Zonen, in denen der neue global werdende Kapitalismus noch »unsicher« und instabil ist, muss *Sicherheit exportiert* werden.
- Wo endlich Terrorismus zu einem globalen Phänomen wird, das auf neue Weise unmittelbar die USA als kapitalistische Primärmacht bedroht, wird eine *globale Projektion militärischer Macht* ebenso zwingend.

Nineleven beeinflusste auch die Methodik der Lösung dieser Aufgaben und ihre Legitimationen. Einerseits wurde der Weg zur einer Politik der Massenmobilisierung im Zeichen kriegereischer Rhetorik zugänglich, wodurch der Einsatz von militärischer Gewalt als Instrument der Außenpolitik und *coercive diplomacy* normalisiert wurde und gegenüber hegemonialer immer mehr imperiale Rhetorik in den Vordergrund trat. Andererseits wurde die Nutzung einer risikoreduzierten Kriegstechnologie ermöglicht, deren Möglichkeiten in den Kriegen der 90er (Irak, Jugoslawien) im Ansatz ausgetestet werden konnten und die langfristig den USA eine globale militärische Machtprojektion ermöglicht. Endlich entstand mit dem »Krieg gegen den Terror« ein

	Kalter Krieg	21. Jahrhundert
Sicherheitssystem	Bipolar	Unipolar
Strategisches Ziel	Eindämmung der Sowjetunion	Sicherung der Pax Americana
Hauptsächliche militärische Aufgaben	Abschreckung des sowjetischen Expansionismus	Sicherung und Ausdehnung von Zonen des demokratischen Friedens; die Entstehung eines neuen Großmacht-Konkurrenten verhindern; Schlüsselregionen verteidigen; die Veränderung des Krieges ausnutzen
Hauptsächliche militärische Bedrohungen	Potenzieller globaler Krieg auf vielen Kriegsschauplätzen	Potenzielle Kriegsschauplätze überall auf dem Planeten
Fokus der strategischen Auseinandersetzung	Europa	Ostasien

17 Zu den Mitverfassern gehörten Devon Cross, Cohen, Wolfowitz, Libby, Bolton, Cambone und Zakheim. Siehe auch vergleichbar Frank Carlucci, Robert Hunter, and Zalmay Khalilzad (Hg.), *Taking Charge:*

A Bipartisan Report to the President – Elect on Foreign Policy and National Security, Santa Monica [RAND] 2001.

18 S. 2f.;

neuer Hebel zur Einbindung regionaler Mächte (Russland, China). 9/11 verknüpfte die Situation des Krieges mit einem Verständnis der USA als nunmehr offen revisionistischer Macht, die eine Veränderung des internationalen Systems anstrebt, um die skizzierten drei Aufgabenstellungen zu realisieren. Die Militärmacht der USA soll nicht reaktiv und passiv, sondern aktiv und offensiv genutzt werden – die »beste Verteidigung ist ein guter Angriff« formuliert die NSS.¹⁹

Die Einschätzungen und Strategien der Bush-Administration zogen Konsequenzen aus der Situation nach 1989 und 2001 – und sie wurden machtfähig. Ihre Vertreter konnten sie bis Herbst 2002 in mehreren Schritten als die (bislang) Bestimmenden durchsetzen.

1. Unmittelbar nach dem Anschlag hatte sich die Reaktion der US-Regierung auf den Kampf (»Krieg«) nur gegen terroristische *Gruppen* konzentriert, die von ihr in über 60 Staaten vermutet wurden. Als entscheidend für die Eröffnung von Handlungsoptionen erwies sich dann jedoch die unmittelbar nach den Anschlägen folgende Definition der Situation nicht als »Verbrechen«, sondern als »Krieg« gegen einen global präsenten, eine grundsätzliche politische Unterscheidung ermöglichenden Feind: »either you are with us, or you are with the terrorists«²⁰. Von diesem Moment an gründete Bush seine präsidentielle Legitimation auf seine Kriegsführerschaft und die damit angerufenen Tugenden und Werte: »We have found our mission« (Bush). Diese Mission war der Sieg im Krieg. Krieg aber zwingt Partner wie Konkurrenten in die Wahl zwischen Gefolgschaft und Gegnerschaft.

2. Weder Cheney noch Rice oder Bush hatten den *Irak* auf ihrer Agenda – aber Rumsfeld²¹, Perle und vor allem Wolfowitz – erkannte am klarsten die Überschneidung von Sicherheitsbedrohung durch Terrorismus und geopolitischer Ermöglichung und sprang in die Themenlücke. Wolfowitz vermochte wesentlich zur Fokussierung der Zielplanung der Bush-Administration beizutragen; zwei Tage nach dem 11. September 2001

19 NSS, S. 6

20 George W. Bush, »Address to a Joint Session of Congress and the American People,« Washington, 20.9.2001. Wenige Tage später kommentierte der frühere republikanische Sprecher des Repräsentantenhauses Newt Gingrich: »Es gibt auf dem Planeten nur zwei Teams in diesem Krieg. Es gibt das Team, das die Zivilisation vertritt und es gibt ein Team, das den Terrorismus vertritt. Man muss nur sagen, für welches man sich entscheidet. Es gibt keine Neutralen.« Zit. nach Steven E. Miller: The End of Unilateralism or Unilateralism Redux? In: *The Washington Quarterly* 1/2002 S. 19.

21 »Nach Meldungen von CBS vermerken Notizen von Militärs, die während der Angriffe bei Rumsfeld waren, von ihm die Worte: »best info fast. judge whether good enough to hit S. H.« – das bedeutete Saddam Hussein – obwohl alle Geheimdienstberichte auf Osama bin Laden als Verantwortlichem für die Attacken verwiesen. »At same time, not only UBL [bin Laden],« vermerken die Notizen Rumsfeld im Originalton: »Go massive. Sweep it all up. Things related and not,« wie CBS berichtete.« AP-Bay-Area.com 5.9.2002 sowie Bob Woodward: We Will Rally the World, in: *Washington Post* v. 28.1.2002.

erklärte er, dass die USA »Staaten beseitigen würden, die den Terrorismus unterstützen« (»ending states«). Vor allem seit Anfang 2003 häuften sich dann Stimmen, welche die »imperial oversight« (Max Boot) der USA nicht mehr bloß auf Irak begrenzten, sondern Saudi-Arabien, Iran, Syrien (Boot) und Libyen (Bolton) einschlossen. Perle plädierte für einen »regime change« in Syrien und Iran (durch innere Aufstände) sowie Libyen (wo äußerer Druck notwendig sei).

3. In seinem Bericht über die Lage der Nation vom Januar 2002 weitete Bush die Legitimität des Einsatzes militärischer Mittel gegen terroristische Organisationen auf Staaten (»Achse des Bösen«) aus, die mit Massenvernichtungswaffen die USA bedrohten, *unabhängig* von irgendwelcher Verbindung zu terroristischen Gruppen. Beide Konnotationen – zu Massenvernichtungswaffen wie zum Terrorismus – knüpften an die bereits unter Clinton ausgebreitete Rhetorik von den »Schurkenstaaten« (»rogue-states«) an²².

4. Im April 2002 nannte auch der Präsident den »Regimewechsel« im Irak als militärisches Ziel – in den strategischen Dokumenten der 90er Jahre hatte eine solche Rede vom »regime change« noch keine explizite Rolle gespielt. Natürlich hatten die USA derlei seit jeher betrieben.

5. In seiner zentralen programmatischen Rede im Juni 2002 in West Point endlich erklärte Bush, dass die bisherigen Doktrinen der Abschreckung (deterrence), Eindämmung (containment) und des Mächtegleichgewichts (balance of power) nicht mehr ausreichten. Die Gedanken der *Prävention* (»preemptive action«) und Intervention wurden hervorgehoben. Von nun an gelte: »Wir müssen den Kampf zum Feind tragen, seine Pläne zerstören und den schlimmsten Bedrohungen entgegentreten, bevor sie entstehen«²³. »Präemption«, »Regimewechsel« und »Entwaffnung« wurden nun zu *buzz words* der Rhetorik der Bush-Administration.

6. Schließlich wird der Anspruch auf eine *globale militärische Souveränität* der USA formuliert, die als der Schlüssel zur Rekonstruktion eines neuen internationalen Regimes gilt, das Sicherheit durch hegemonial vermittelte Stabilität gewährleistet. Das übergreifende Ziel ist nicht die Verteidigung des Territoriums der USA oder der Kampf gegen terroristische Gruppen oder Staaten, sondern der Erhalt und Ausbau der Ungleichheit zwischen den USA und dem Rest der Welt durch Verhinderung von Hegemonialkonkurrenz und die Vollen-

22 Vgl. Paul D. Hoyt: »Rogue States« and International Relations, Vortrag auf der 40. ISA-Jahrestagung in Washington v. 16.-20.2.1999. Völkerrechtlich hat der Besitz von Massenvernichtungswaffen nichts mit einer Angriffssituation zu tun, die allein einen Präventivschlag begründen könnte.

23 George W. Bush, »Remarks at 2002 Graduation Exercise of the U.S. Military Academy,« West Point, NY v. 1.6.2002, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/06/20020601-3.html>.

dung der weltweiten Durchsetzung des amerikanisch dominierten Modells mittels »Export von Sicherheit« (Barnett). Es geht um die Sicherung des »funktionierenden Kerns« der hegemonialen Struktur und um die schrittweise Schließung ihrer »Lücken«. ²⁴ Nur so kann zugleich gesichert werden, dass kein militärischer Angriff mehr auf die USA (»homeland«) gestartet und die paradoxe Verknüpfung von Verletzlichkeit und Unbesiegbarkeit aufgelöst werden kann. Eine USA »beyond challenge« (Bush, NSS) ist der Gedanke. Alle anderen politischen Zielsetzungen treten demgegenüber zurück. Gewinnt diese Strategie des Abbaus der Selbstbindung der USA an internationale Allianzen und globale Gruppen machtpolitischen Bestand, dann positioniert sie sich gegen den Rest der Welt.

Militärische Überlegenheit

Das erste Mittel zum Erreichen dieser Aufgabenstellungen ist die Sicherung *konkurrenzloser militärischer Überlegenheit*. Nach innen erfordert dies den Aufbau des eigenen Potenzials: Rüstung, Stärkung der Militärs und der Kultur des Militärischen. Extern geht es darum, die Entstehung militärischer und politischer Konkurrenz mit allen notwendigen Mitteln zu verhindern. Bereits im Februar 1992 formulierte der Entwurf des »Defense Planning Guide« des Pentagon für 1994-1999: »Unser erstes Ziel ist es, die Wiederauferstehung eines neuen Konkurrenten entweder auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion oder anderswo zu verhindern, der eine Bedrohung in der Größenordnung der einstigen Sowjetunion darstellen könnte.« Die USA, so hieß es in dem Dokument, »muss die Mechanismen sichern, potentielle Wettbewerber davon abzuhalten, auch nur danach zu streben, eine größere regionale oder globale Rolle zu spielen.« ²⁵ Damals wie heute wurde dieses

²⁴ Diese Begrifflichkeit stammt von Thomas P.M. Barnett, seit 2001 Assistant for Strategic Futures im Office of Force Transformation des Pentagon s. seinen Beitrag *The Pentagon's New Map*, in: *Esquire* 3/2003. Nach Barnett geschahen von 132 militärischen Interventionen der USA in den letzten zwölf Jahren 95 % in Bereichen, die er als »Lücke« bezeichnet, die (in seiner Terminologie) nicht fähig oder wilens zur vollen Ankoppelung an die (us-amerikanisch dominierte) kapitalistische Globalisierung sei und in der rund zwei Milliarden Menschen leben. Diese Lücke müsse durch den auch militärischen »Export von Sicherheit« geschlossen werden: »das Grundargument ist, dass es für die Vereinigten Staaten wichtig ist, langfristig effektiv Sicherheit in jene Länder der Welt zu exportieren, in denen es keine innere regionale Sicherheit gibt, denn dies ermuntert ausländische Unternehmen, direkt zu investieren «(Barnett am 13.2.2003 in der *Glen Mitchell Show*). Dementsprechend auch eine differenzierte Vorgehensweise: Multilateralismus bei der Sicherung des »Kerns«, selektiver Bilateralismus bei der Sicherung der Übergangregionen zwischen Kern und Lücke, präventiver Unilateralismus bei der Reduzierung der »Lücke« – letzteres werde »die Hauptaufgabe der Sicherheitspolitik der USA im 21. Jahrhundert sein.«

²⁵ *New York Times* v. 8.3.1992. Der Text trug die Handschrift von Wolfowitz und Libby. Nachdem er bekannt wurde, zogen ihn die Verfasser zurück. Der Report »Rebuilding America's Defense« des PNAC knüpfte explizit an diesen Entwurf an.

Dokument begriffen als »die Doktrin einer Welt, die von Washington beherrscht wird«. ²⁶ Die über ein Jahrzehnt später publizierte NSS unterstreicht diese Zielsetzung: »Unsere Streitkräfte werden stark genug sein,« heißt es dort, »um potentielle Gegner davon abzuhalten, eine militärische Aufrüstung zu betreiben in der Hoffnung, die Macht der Vereinigten Staaten zu übertreffen oder mit ihr gleichzuziehen.« ²⁷ In einem Interview im *Public Broadcasting Network* formulierte die Sicherheitsberaterin C. Rice noch unmissverständlicher: »Aber wenn es darum geht einem anderen Kontrahenten zu erlauben, militärische Gleichheit mit den USA zu erreichen so wie es die Sowjetunion tat – nein, die USA haben nicht die Absicht, dies zu erlauben, weil wenn dies geschieht, wird es kein Mächtegleichgewicht geben, das die Freiheit begünstigt.« ²⁸ Die sog. »bedrohungs-basierte« militärische Planung wird folgerichtig durch einen »fähigkeitsorientierten Zugang« abgelöst, wonach Rüstung und militärische Positionierung nach Maßgabe jeder vorstellbaren militärischen Aktion eines jeden vorstellbaren Gegners zu jeder vorstellbaren Zeit gestaltet werden sollte, gilt es doch, »gegen das Unbekannte, das Unsichere, das Ungesehene und das Unerwartete« gerüstet zu sein (D. Rumsfeld am 31.1.2002). Für eine solche Rüstungs- und Militärpolitik hat sich die Bezeichnung *sum of all fears – approach* eingebürgert.

Präventivkriege

Das zweite Element dieser Politik ist die Doktrin der »preemption« (»Zuvorkommen«, »aktives Verhindern«) und vor allem der »prevention«. (»Vorbeugen«, »Verhüten«). Während Präemption eine völkerrechtlich legitimierte Handlung gegen einen nachweisbar und daher weitestgehend zweifelsfrei unmittelbar bevorstehenden oder sogar bereits stattfindenden Angriff meint, verzichtet der Präventionsgedanke auf diese Bedingungen der Zweifelsfreiheit und nachweisbaren Realitätshaltigkeit. Das Kriterium der Unmittelbarkeit einer Bedrohung, das die völkerrechtliche Zulässigkeit eines »vorbeugenden« Handelns begründet, wird nun abgelehnt – terroristische Angriffe erfolgten nämlich ohne Ankündigung und ohne Vorbereitung, weshalb eine solche Unmittelbarkeit einer Bedrohung faktisch nicht existiere und daher auch nicht erkannt werden könne.

Das Mittel des Präventivkrieges war eine in den USA zuvor eher im Hintergrund gehaltene und selten artikuliert Option. Beispiele hierfür waren die Androhung

²⁶ S. Anthony Lewis: *Bush and Iraq*, in: *The New York Review of Books* v. 7.11.2002. S. Michael T. Klare: *Endless Military Superiority*, in: *The Nation* v. 15.7.2002, Nicholas Lemann: *The Next World Order*, in: *The New Yorker* v. 1.4.2002 und Frances FitzGerald: *George Bush & the World*, in: *The New York Review of Books* v. 26.9.2002.

²⁷ NSS, S. 30.

²⁸ *The Times of India* v. 26.9.2002.

des Einsatzes von Nuklearwaffen gegen Nordkorea oder die Begründungen der Cruise-Missile-Attacken auf Afghanistan oder den Sudan unter Clinton. Unter Bush wurden beide Optionen zu Lasten der Optionen der Eindämmung und Abschreckung aufgewertet und die Differenz zwischen Präemption und Prävention zugunsten der Ausweitung des Gedankens der Prävention verwischt. Präventivkriegshandlungen werden nun explizit und extensiv zugelassen. Sie gelten als zulässig, wenn es um Militärschläge gegen terroristische Gruppen, diese unterstützende Staaten sowie gegen Staaten geht, die entweder bereits im Besitz von Massenvernichtungswaffen seien, dabei sind, solche zu erlangen oder gar nur danach streben. Plädoyers für die Politik der Prävention häuften sich nach *Nineeleven* massiv, in der NSS finden sich zahlreiche entsprechende Formulierungen.²⁹ Präventionskrieg wird zur »operativen Idee« (Rumsfeld).

Der Bezug auf den »globalen Krieg gegen den Terror« als Rechtfertigung präventivkriegerischer Aktion ist äußerst folgenreich und bietet fünf Öffnungen für militärisches Handeln:

1. Indem erstens ein Bezug auf in der Tendenz vorher nicht identifizierbaren Terror stattfindet, koppelt man sich von den wirklichen Handlungen eines Feindes ab. Damit wird der Notwehrgedanke aufgegeben, welcher die Basis des Präemptionskonzepts darstellte. Was zuvor als letzte Ausnahme galt, soll nun zur Norm werden – eine »Lizenz zum permanenten Vorbeugekrieg«³⁰ wird da angestrebt. Die hohe Informations- und Entscheidungsunsicherheit und damit Destabilisierungsgefahr, die für eine Politik der Prävention charakteristisch ist, wird hier nicht mehr thematisiert.

2. Indem zweitens von »Krieg« die Rede ist, kann der Präventivgedanke in das Traditionsmuster des Krieges mit der ganzen Skala seiner Gewaltmittel eingebaut werden. So wurde die Doktrin mit der Legitimationsverschiebung auf Staaten, die Terroristen unterstützen, anschlussfähig an die traditionell auf Feindstaaten fokussierte Militärpolitik. Die im Januar 2002 formulierte *Nuclear Posture Review* erlaubt einen Einsatz von Nuklearwaffen auch gegen Staaten (»Schurkenstaaten«), die keine Nuklearwaffen besitzen, sondern im Verdacht stehen, die Entwicklung oder den Besitz solcher Waffen auch nur anzustreben.³¹

3. Indem drittens ein Bezug auf die Globalität des Ter-

29 Formulierungen der NSS: »The U.S. can no longer solely rely on a reactive posture as we have in the past.« – »We cannot let our enemies strike first.« – »We must adapt the concept of imminent threat to the capabilities and objectives of today's adversaries.« – »To forestall or prevent hostile acts by our adversaries, the U.S. will, if necessary, act preemptively.« – »We must build and maintain our defenses beyond challenge« and »dissuade future military competition.«

30 FAZ v. 2.3.2002.

31 S. Stephen Blank: *The Return of Nuclear War*, ISA, Los Angeles 2000.

rors (»60 Staaten«) geschieht, wird die räumliche Einhegung des militärischen Agierens aufgegeben: die Lizenz zum Präventivkrieg wird global ausgestellt. Da der Terror neuer Qualität, gegen den man sich im Krieg befindet, ein globales Phänomen ist, wird der Rubikon zu einem globalen Souveränitätsanspruch überschritten: Die USA habe das singuläre Recht auf Intervention überall auf der Welt – vorbeugende (»preemptive«, »anticipatory« »anti-access-denial«) militärische Aktion eingeschlossen.

4. Präventive militärische Intervention ist in der Auseinandersetzung nach *9/11* weitgehend von den ursprünglichen sicherheits- und militärbezogenen Legitimationen losgelöst worden; auch dies unterscheidet die Politik der Bush-Administration von der früheren Praxis. Damit kommt leise ein paralleler Diskurs zum Vorschein: vorbeugend, also präventiv die Entstehung eines globalen Rivalen zu verhindern – Präventivkrieg, um nicht mehr herausgefordert werden zu können. Hegemonie- statt Friedenssicherung ist die Idee.

5. Wo die Einhegung des Krieges so durchbrochen wird, droht ein weiterer Dammbbruch, der sich aus der Asymmetrie solcher Militäraktion ergibt: erleichtert wird ein Anknüpfen an die klassische Bürgerkriegführung, die Begrenzungen (wie etwa die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten) ignorierte.³²

Globale Souveränität Imperiale Souveränität?

Für das dritte Element der neuen grand strategy steht vor allem der Gedanke eines *exklusiven Rechts auf präventive militärische Intervention überall auf der Welt*. Die Strategie des Präventivkrieges (Präemption), die als Erweiterung der Paradigmen der Abschreckung und Eindämmung verstanden wird, bedeutet den Übergang zu einer Politik der souveränistischen Prävention. Dahinter steht die Idee, dass in der zukünftigen Weltordnung allein den USA eine Souveränität zukommt, die sich global realisieren kann: »Der Kurs dieser Nation hängt nicht von den Entscheidungen anderer ab« (Bush)³³. Dieser Gedanke der globalen Souveränität meint, dass die USA international *unilateral Regeln* (z.B. über Allianzen und Blockbildungen) setzen, universell gültige *Zielsetzungen* formulieren (»expand liberty«), den Krisenfall (»Notstand«) bestimmen und die *Unterscheidung zwischen Freund und Feind* wie die damit verknüpfte *Entscheidung über den Einsatz von Gewalt* treffen. Die Fähigkeit zum Gewalteinsatz überall in der Welt liegt hiernach allein bei den USA, die

32 S. Russell F. Weigley: *The American Way of War*, Bloomington 1983; Pierre Hassner: *The United States: the empire of force or the force of empire?* Chaillot Papers Nr.54, Paris September 2002, S. 17, 28.

33 Am 28.1.2003, s. *New York Times* v. 29.1.2003

daher auch ihre militärische Präsenz zukünftig nicht mehr nur auf Nordamerika, Europa und das nordöstliche Asien begrenzen kann: »Um sich gegen Unsicherheit behaupten zu können und den vielen Gefährdungen unserer Sicherheit begegnen zu können, benötigen die USA ebenso Basen und Stationierungsorte innerhalb und jenseits von Westeuropa und Nordostasien wie zeitweise Zugänge für die Stationierung weitreichender US-Streitkräfte« (NSS). Allein die USA ist zur Disziplinierung des neoliberalen Globalkapitalismus imstande. Sie geht daher höchstens temporäre, begrenzte Allianzen zwischen Ungleichen ein. Die Ordnung der Welt, um die es geht, ist kein gemeinsames Werk großer Mächte, sondern das Ergebnis militärischer Hegemonie der USA. Sie ist der Systemadministrator der Globalisierung.³⁴ Sie besitzt das vorrangige Recht, die Souveränität anderer Nationalstaaten zu begrenzen und zu intervenieren. Der Director of Policy Planning des US-Außenministeriums Richard Haass hat dies so formuliert: »Was man bei dieser Administration beobachten kann ist die Entstehung eines neuen Prinzips oder eines Ideenkörpers ... über das, was man die Grenzen der Souveränität nennen könnte. Souveränität beinhaltet Verpflichtungen. Eine ist, nicht deine eigenen Leute umzubringen. Eine andere ist, in gar keiner Weise den Terror zu unterstützen. Wenn eine Regierung diese Verpflichtungen nicht einhält, dann wird sie mit dem Entzug einiger der normalen Vorteile von Souveränität bestraft, einschließlich des Rechts, innerhalb seines eigenen Territoriums alleine zu bleiben. Andere Regierungen, die Vereinigten Staaten eingeschlossen, gewinnen dann das Recht auf Intervention. Im Falle des Terrorismus kann dies sogar zu einem Recht auf präventive oder vorbeugende Selbstverteidigung führen.«³⁵

Hegemoniales Recht

»Dieser neue Ansatz ist revolutionär«, urteilte Henry Kissinger und formulierte deutliche Kritik: »Ebenso steht die Bereitschaft der USA zu »gerechtfertigten Präventivschlägen« im völligen Gegensatz zum modernen Völkerrecht.«³⁶ Eine solche Auffassung verstößt gegen den NATO-Pakt und die Regelungen der UNO. Der Artikel 51 der UN-Charta lässt Gewaltanwendung durch einen Staat nur zu, wenn ein Angriff stattfindet oder unmittelbar bevorsteht. Es geht also nicht nur um hegemonialen Unilateralismus, sondern um seine Durchsetzung mit dem Mittel des Rechtsbruchs.³⁷ Die

aus militärischer Überlegenheit kommende Risikolosigkeit macht Regellosigkeit zur Verlockung. Die Erosion des völkerrechtlichen Potenzials zur Einhegung der Kriege setzt sich damit dramatisch fort, nachdem in den letzten Jahren bereits zahlreiche Ausnahmetatbestände eingeführt wurden: die Prävention humanitärer Katastrophen (Jugoslawien), der Schutz vor Terrorismus (Afghanistan), oder gar die Sicherung lebenswichtiger Ressourcen (NATO-Strategie 1999). Die USA beanspruchen dabei eine Sonderposition, die anderen nicht zusteht. Hier ist ein wesentlicher Übergang von einem unipolaren hegemonialen zu einem unipolaren imperialen System gegeben, denn damit wird die Norm der Gleichheit zurückgewiesen, auf welcher das internationale Recht beruht. Der Weg zurück in eine Zeit, in der staatliche Souveränität auch uneingeschränkte Kriegsführungssouveränität bedeutete, hat begonnen.

Die Politik der Abwertung

Eine weitreichende Bindung an internationale Allianzen und insbesondere an die UNO bzw. an Konzepte multilateralen Konfliktmanagements wird als Einengung der Handlungsfreiheit der USA abgelehnt. Der sich artikulierende Anspruch auf globale Souveränität (»freedom from attack and freedom to attack«) schließt ein die Abwertung internationaler Einbindungen durch multilaterale Verträge, internationale Institutionen und Bündnisse und die möglichst weitgehende Durchsetzung amerikanischen Rechts im internationalen Maßstab. Es gibt eine Fülle von abwertenden Äußerungen zu internationalen Einrichtungen aus dem Kreis der Neokonservativen um Bush. Von Bolton ist der Satz überliefert: »so etwas wie die Vereinten Nationen gibt es nicht...wenn das Gebäude des UN-Sekretariats in New York zehn Stockwerke verlieren würde, würde es nicht das geringste ausmachen« und: »Es gibt eine internationale Gemeinschaft, die von der einzigen wirklichen geführt werden kann, die in der Welt übrig geblieben ist, und das sind die Vereinigten Staaten – sofern es unseren Interessen dient und wenn wir andere dazu bringen können, sich uns anzuschließen.«³⁸ Bush selbst gab seiner Befürchtung Ausdruck, der Sicherheitsrat sei »ein hohler Diskutierclub«³⁹. Richard Perle schrieb unter anderem, dass »Sicherheit durch internationales Recht, garantiert durch internationale Institutionen« eine in »intellektuellen Trümmern« liegende »liberale Eitelkeit« sei⁴⁰. Die Destabilisierung internationaler Sicherheitsregimes wird nicht nur in Kauf genommen, sondern vielmehr aktiv betrieben mit dem Ziel, die

34 So Thomas P.M. Barnett and Henry H. Gaffney Jr., *Global Transition Strategy*, in: *Early Bird Supplement* v. 30.4.2003

35 Zit. nach Nicholas Lemann: *The Next World Order*, in: *The New Yorker* v. 1.4.2002.

36 Henry Kissinger: *Die USA brauchen eine Strategie für die Zeit nach Saddam*, in: *Welt am Sonntag* v. 11.8.2002.

37 Vgl. Mary Ellen O'Connell: *Pre-Emption and Exception: The US Moves Beyond Unilateralism*, in: *S+F* 3/2002 S. 136.

38 Zit. nach Frances FitzGerald: *George Bush & the World*, in: *The New York Review of Books* v. 26.9.2002; s.a. die Website des Council for a Livable World.

39 *Berliner Zeitung* v. 5.2.2003

40 *Spiegel-Online* v. 28.3.2002

geschichtliche Errungenschaft der Einhegung des Krieges durch die UN-Charta aufzuheben und die Selbstbindung des Staates USA an das Völkerrecht zu relativieren. Regelungen einer multilateralen Rüstungskontrolle wurden geschwächt: der ABM-Vertrag wurde im Dezember 2001 aufgekündigt, eine Stärkung des Bio-waffen-Abkommens auf der 5. Überprüfungs-konferenz Ende 2001 scheiterte am Widerstand der USA⁴¹.

Empire Reloaded

Die neue Grammatik

Diesen Übergang von einem unipolaren hegemonialen zu einem unipolaren imperialen System hat Mitte 2002 der Direktor des neokonservativen Olin Institute for Strategic Studies (Harvard University) Stephen Peter Rosen prägnant zusammengefasst: »Die Vereinigten Staaten haben keinen Rivalen. Überall in der Welt besitzen wir die militärische Dominanz. (...) Wir, und nur wir, formen und führen Militärkoalitionen in den Krieg. Wir benutzen unsere militärische Dominanz um in die inneren Angelegenheiten anderer Länder zu intervenieren, weil die Einheimischen einander umbringen, Feinden der Vereinigten Staaten Zuflucht bieten oder atomare oder biologische Waffen entwickeln. Eine politische Einheit, die eine überwältigende militärische Überlegenheit besitzt und diese benutzt, um die inneren Angelegenheiten anderer Staaten zu beeinflussen, wird Empire genannt. (...) Wenn dies zutrifft, dann ist auch Ziel nicht der Sieg über einen Rivalen, sondern die Aufrechterhaltung unserer imperialen Position und der imperialen Ordnung. (...) Imperiale Kriege zur Wiederherstellung der Ordnung sind ... nicht so eingeschränkt. Maximale Gewalt kann und sollte aus psychologischen Gründen so schnell wie möglich eingesetzt werden um zu demonstrieren, dass bestraft wird, wer das Empire herausfordert. Während des Kalten Krieges haben wir uns nicht sonderlich bemüht, kommunistische Regierungen zu stürzen. Nun allerdings stecken wir mitten im Geschäft feindliche Regierungen zu stürzen und Regierungen zu schaffen, die günstig für uns sind. Die einst üblichen internationalen Kriege wurden beendet und die Truppen gingen nachhause. Imperiale Kriege enden ebenfalls, aber Garnisonen des Empire müssen noch Jahrzehnte lang bleiben, um Ordnung und Stabilität zu sichern. Das ist es, das wir erstmals auf dem Balkan und nun in Zentralasien zu sehen bekommen. (...) Und endlich konzentriert sich imperiale Strategie darauf, die

41 Peter Rudolf: Wie der 11. September die amerikanische Außenpolitik verändert hat. Bilanz nach einem Jahr, in: *swp-aktuell* 33, September 2002

42 Stephen Peter Rosen: The Future of War and the American Military, in: *Harvard Magazine* 5/2002. Rosen arbeitete im DoD und dem Nationalen Sicherheitsrat der USA sowie im Naval War College und war auch PNAC-Gründungsmitglied.

Entstehung mächtiger und feindlicher Herausforderer zu verhindern: durch Krieg, wenn nötig, durch Assimilierung in das Empire, wenn möglich.«⁴²

Der »neue Unilateralismus« (Charles Krauthammer) der USA wird seit gut anderthalb Jahren begleitet von einer politischen und politikwissenschaftlichen Grammatik, die mit den Begriffen Empire oder American Empire operiert. Davon sprachen *Politiker* wie Henry Kissinger (»Imperium oder Anführer?«) oder Patrick J. Buchanan (»A Republic, not an Empire«), *Literaten* wie Gore Vidal (»Das letzte Empire«), Tom Wolfe (»die größte Macht auf Erden, so omnipotent wie ... Rom unter Julius Cäsar«), Norman Mailer (»to build a world empire«) oder Jerry Pournelle (»...empires...have been the largest, longest-lasting and most stable form of political organization for most of the world through recorded history«), *Journalisten* wie Rothstein (»An old idea transformed. Call it Empire«) und Maureen Dowd von der *New York Times* (»The Empire Strikes First«) oder Jay Tolson vom Magazin *U.S. News & World Report* (»Are we witnessing a smart-bomb imperium?«), *Sozial- und Politikwissenschaftler* wie Joseph F. Nye (»Seit Rom gab es keine Nation, die so hoch über den anderen Nationen stand«), A. Etzioni (»Semi-Empire«), Michael Ignatieff (»The Burden«) oder Charles Fairbanks von der John Hopkins University (»an empire in formation«), *Historiker* wie A. Schlesinger (»would never be an empire«), Lewis Gaddis (»We are now even more so an empire, definitely an empire«), Niall Ferguson (»The Empire Slinks Back«) oder Michael Hirsh (»relatively benign power«), endlich *Neokonservative* wie D'Souza (»Die Amerikaner müssen letztlich erkennen dass die USA ein Empire geworden ist«), Max Boot (»to enlarge the »empire of liberty««), Deepak Lal (»In Defense of Empires«), Thomas Donnelly (»Ob die Vereinigten Staaten es gewollt haben oder nicht, irgendwie haben sie ein Imperium aufgebaut.«), William Kristol (»And if people want to say we're an imperial power, fine.«) oder Charles Krauthammer: (»Es ist eine Tatsache, dass seit dem Römischen Reich kein Land kulturell, ökonomisch, technologisch und militärisch so dominierend gewesen ist wie die USA heute.«). Anfang Mai 2003 zählte die *New York Times*, dass der Begriff »American Empire« in den sechs Monaten davor fast 1000 Mal in Nachrichtenmeldungen auftauchte.⁴³ Zur Frage des Empire gab Donald Rumsfeld eine Studie in Auftrag⁴⁴, äußerte sich der deutsche Außenminister J. Fischer ungläubig⁴⁵ und vom Empire sprach schließlich der Präsident der USA⁴⁶ – er fand dabei ein ungehörtes Echo in

43 *New York Times* v. 10.5.2003

44 S. Thomas Powers: War and Its Consequences, in: *The New York Review of Books* v. 27.3.2003

45 FAZ v. 17.3.2003

46 Die eingangs diesem Text vorangestellten Äußerungen fielen auf

den zehntausendfachen wortgleichen Beschreibungen der United States, die in den Demonstrationen am 15. Februar 2003 variiert wurden.

Das neue Konzept

Seit Max Boot vom Wall Street Journal im Herbst 2001 in einem Aufsatz, »The Case for an American Empire«⁴⁷, die militärische Besetzung von Afghanistan und Irak mit der stabilisierenden Wirkung begründete, welche die britische Herrschaft im 19. Jahrhundert in dieser Region hatte, breitet sich zur Charakterisierung eines *globus americanus* die Empire-Idee schnell aus. Vielfältig wurde an die eigene Kolonialgeschichte erinnert und die ersten zwei Zyklen des Versuchs, ein amerikanisches Empire zu schaffen (1898-1919 bzw. zu Zeiten Roosevelts »New Order«)⁴⁸. Eine Kerngruppe neokonservativer Ideologen hat sich mittlerweile die Rede vom »American Empire« als politischen, zum Teil auch als wissenschaftlichen Kampfbegriff zu eigen gemacht – für sie ist »die Logik des Neoimperialismus ... zu verlockend...um ihr widerstehen zu können«, weshalb ein »imperialistisches Revival« notwendig sei.⁴⁹ Die Empire – Debatte ist mittlerweile in die Mainstream-Publizistik, die Diskurse der politischen Thinktanks und vor allem in die Kultur der Macht eingewandert. Das »Globale«, für das ein Clinton stand, wird abgelöst durch das »Imperiale«.

Die Argumentation der Anhänger des Empire-Konzepts ist ebenso einfach wie traditionell. »We are the good guys«, so Boot – die USA sind ein »gütiger Hegemon«, ein »benevolent empire« (Kristol). Es gilt demnach zu unterscheiden zwischen dem guten und dem schlechten Empire. Ein Empire trägt danach die Möglichkeit des Guten in sich – zum Beispiel kann es die gebieterische Logik der Sicherheit mit der Tugend der Weltverbesserung verbinden. Imperiale Aneignung und Absicherung unruhiger Orte schafft Ruhe, Ordnung und Sicherheit für die Bewohner des Empire und die neuhinzukommenden Eingeborenen, denen mit der neuen Ordnung auch demokratische Werte und Einrichtungen gebracht werden. In Gebieten wie dem Irak ist ein American Empire »die letzte Hoffnung für Demokratie und Sicherheit gleichermaßen.«⁵⁰

Während Boot den USA diese Empire-Rolle zudenkt,

die sich formal über die UN realisiert, Mallaby für eine eigene US-geführte internationale Körperschaft jenseits der UN eintritt und Kaplan den USA die alleinige Akteursrolle zuschreibt (»Wir und niemand anders werden die Regeln für die Weltgesellschaft schreiben«⁵¹), entwickelte zur selben Zeit Robert Cooper – ein führender außenpolitischer Berater des britischen Premierministers Tony Blair – die Idee des »cooperative empire«, um Zonen der Unordnung (Afghanistan, Burma, Somalia, Kolumbien, Zimbabwe) zu restabilisieren und das alte britische Empire mit im neuen Spiel zu halten. »Was gebraucht wird«, erklärte Cooper, »ist eine neue Art Imperialismus, der mit Menschenrechten und kosmopolitischen Werten verträglich ist: ein Imperialismus, der Ordnung bringt und Organisation.«⁵²

Im Kern versucht die Rede vom American Empire zu fassen, dass Amerika nicht mehr bloß exzeptionelle Super-, Hyper- oder Hegemonialmacht sei. Solche Begriffe aus der Zeit des Kalten Krieges und der Konkurrenz der Systeme sind jetzt definitiv überholt. Gebraucht wird ein »Gorilla unter den geopolitischen Bezeichnungen«⁵³ – eben das Empire. Die begriffliche Verschiebung von »Hegemonie« über »Dominanz« zu »Empire« ist vor allem deshalb bedeutungsvoll, weil sich damit die klassische Vorstellung von einer direkten und dauerhaften politischen Kontrolle durch ein imperiales Zentrum in den Vordergrund schiebt. Der »unipolare Moment« nach 1989 soll in eine »unipolare Ära« (Krauthammer) übergehen. Im Unterschied zu den Imperien der Geschichte kennt es freilich kein Außen mehr. Es ist von Allem betroffen und macht sich Alles zu eigen. Es ist ein neue Ordnung, deren Integration durch die Knoten globaler Netzwerke vermittelt wird, deren Gestalt aber aus einem Zentrum kommt. Das American Empire als Wille und Vorstellung ist – noch – nur ein Versuch, aus der bisherigen strategischen Konstellation auszubrechen: Breakout. Ressourcen, Rhetorik, Konzept, Strategie und Politik des Empire-Lagers sind nicht neu. Aber die Macht ist mit ihnen – jetzt.

Eine aktualisierte Langfassung dieses Textes (44 S.) findet sich unter <http://www.rainer-rilling.de/texte/american%20empire.pdf>

der Rede Bushs in West Point im Juni 2002 und auf einer Rede zu Veteranen im Weissen Haus im November 2002.

47 S. *The Weekly Standard* v. 15. Oktober 2001 S. 27 und Max Boot, *The Savage Wars of Peace: Small Wars and the Rise of American Power*, New York 2002.

48 S. Neil Smith, *American Empire: Roosevelt's Geographer and the Prelude to Globalization*, California 2003.

49 Sebastian Mallaby, »The Reluctant Imperialist: Terrorism, Failed States, and the Case for American Empire,« in: *Foreign Affairs* 2 / 2002) S. 2-3, 6.

50 Michael Ignatieff, »The Burden,« in: *NYTimes Magazine* v. 5. 1. 2003 S. 54.

51 Robert D. Kaplan: *Warrior Politics: Why Leadership Demands a Pagan Ethos*, New York 2002 S. 144f.

52 Robert Cooper: *Why We Still Need Empires*, in: *The Guardian* v. 7.4.2002, S. 27 sowie *Ottawa Citizen* v. 5.5.2002 S. A14, zitiert nach Ivan Eland: *The Empire Strikes Out. The »New Imperialism« and Its Fatal Flaws*, in: *Policy Analysis* Nr.459 v. 26.11.2002, S. 4

53 Jonathan Freedland: *Rome, AD ... Rome, DC? The Guardian* v. 18.9.2002

Die neue Weltkarte des Pentagon

Wo also soll die nächste Runde von Auswärtsspielen des US-Militärs stattfinden? ... Welche Teile der Welt funktionieren derzeit? Nordamerika, viele Länder Südamerikas, die Europäische Union, Putins Russland, Japan und die prosperierenden Ökonomien Asiens (in erster Linie China und Indien), Australien, Neuseeland und Südafrika, zusammen knapp vier Milliarden der sechs Milliarden umfassenden Weltbevölkerung ... Wenn wir die militärischen Reaktionen der Vereinigten Staaten seit dem Ende des kalten Krieges auf einer Karte einzeichnen, dann konzentrieren sie sich ganz überwiegend auf Weltgegenden, die nicht zum wachsenden Globalisierungs-Kern zählen – nämlich die karibischen Inseln, fast ganz Afrika, den Balkan, den Kaukasus, Zentralasien, den Nahen Osten und große Teile Südwestasiens. Das sind praktisch die verbleibenden zwei Milliarden ... die *Nichtintegrierte Lücke* ... Verliert ein Land gegen die Globalisierung oder weist es viele der Globalisierungsfortschritte zurück, besteht eine ungleich größere Chance, dass die Vereinigten Staaten irgendwann Truppen dorthin entsenden werden ... Die Angriffe des 11. September taten dem amerikanischen Sicherheitsestablishment einen großen Gefallen, indem sie uns von den abstrakten Planungen zukünftiger High-Tech-Kriege gegen ebenbürtige Mächte (near peers) abzogen und uns auf die hier und jetzt bestehenden Gefährdungen der Weltordnung verwiesen ... Bin Laden und Al Quaida sind eindeutig Produkte der *Lücke* – deren gewaltträchtigste Antwort an den *Kern* ... Ebenso wichtig wie »sie dort zu kriegen, wo sie leben« ist es, der Fähigkeit dieser terroristischen Netzwerke zu begegnen, sich Zugang zum *Kern* über die »Saumstaaten« zu verschaffen, die entlang der blutigen Grenzen der *Lücke* liegen. Welche Staaten sind das? Mexiko, Brasilien, Südafrika, Marokko, Algerien, Griechenland, die Türkei, Pakistan, Thailand, Malaysia, die Philippinen und Indonesien kommen einem sofort in den Sinn ... Wenn wir eine Minute innehalten und uns vergegenwärtigen, was diese neue Weltkarte bedeutet, dann sollte die nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten folgendermaßen aussehen: 1. Stärkung des *Kern*-Immunsystems als Antwort auf grundlegende Störungen analog zum 11. September; 2. Befähigung der Saumstaaten, eine Brandmauer gegen die schlimmsten Exportartikel der *Lücke* wie Terror, Drogen und Seuchen zu errichten, und, am allerwichtigsten, 3. Verkleinerung der *Lücke* ...

Der Nahe und Mittlere Osten ist der perfekte Ort um loszulegen ... Dieses Land hat über ein halbes Jahrhundert erfolgreich Sicherheit in den *Alten Kern* der Globalisierung (Westeuropa, Nordostasien) exportiert und, nach unserem Patzer in Vietnam, ein gutes Vierteljahrhundert in den sich herausbildenden *Neuen Kern* (das sich entwickelnde Asien). Aber entsprechende Anstrengungen unsererseits waren im Mittleren Osten inkonsequent und in Afrika fanden sie praktisch nicht statt. Solange wir nicht mit der systematischen, auf Dauer angelegten Ausfuhr von Sicherheit in die *Lücke* beginnen, solange wird die *Lücke* in Form von Terrorismus und anderen Erschütterungen zunehmend in den *Kern* exportieren, was sie quält ... Aber am Anfang muss Sicherheit stehen, weil freie Märkte und Demokratie bei Dauerkonflikten nicht florieren ... Meines Erachtens müssen wir Feuer mit Feuer bekämpfen.

Thomas P. M. Barnett, The Pentagon's New Map, in: Esquire März 2003, nach: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2003 S.554-564; Barnett ist Professor am Naval War College in Newport und seit September 2001 Assistant for Strategic Futures im Office of Force Transformation des Pentagon